

PRESEMITTEILUNG

## „Moment mal!“

**Bürger.Courage kritisiert die sich abzeichnende Debatte um die Proteste gegen den Naziaufmarsch am 19. Februar**

Bürger.Courage e.V.  
Prießnitzstraße 18  
01099 Dresden

presse@buerger-courage.de  
www.buerger-courage.de

20. Februar 2011

„Es bleibt ein Erfolg von Tausenden friedlich Blockierenden, dass die Nazis an ihrem Aufmarsch durch Dresden gehindert wurden“, sagt Christian Demuth, Vorsitzender der Dresdner Initiative Bürger.Courage. „Letztes Jahr hat sich der sächsische Ministerpräsident Tillich noch vor laufenden Kameras darüber gefreut, dass die Nazis nicht durch unsere Stadt marschierten. Nun werden auf einmal die Organisatoren der friedlichen Blockaden kriminalisiert“. Dabei habe selbst der Sprecher des Innenministeriums festgestellt, dass die friedlichen Blockierer aus einem bürgerlichen Klientel bestanden.

Aufgabe der Stunde sei es eigentlich, dass „sich alle Beteiligten – auch die Zivilgesellschaft – zusammensetzen, wie der Gewalt von Nazis und Randalierern am Rande friedlicher Proteste begegnet werden kann. Das passiert aber wieder nicht – zum Schaden aller Bürger und der Polizeibeamten“, beklagt Demuth. Es müsse aber auch deutlich gesagt werden, dass Gewalt in jeder Form auch bei Blockaden von Naziaufmärschen nichts zu suchen habe. Bürger.Courage distanzieren sich davon erneut auf's Schärfste.

Die Initiative kritisiert darüber hinaus ein dreifaches Versagen der Politik: Die sächsische Landesregierung habe zwanzig Jahre im Kampf gegen Neonazis versagt. Seit 1998 hätten Stadt und Land zugelassen, dass die Nazis Dresden zum größten Aufmarschort in Europa machen. Die Planlosigkeit wurde im Vorfeld des 13. und 19. Februar mehrfach in breiter Öffentlichkeit diskutiert. „Trotz dieser Offensichtlichkeit zieht keiner der Verantwortlichen Konsequenzen aus dem Versäumten. Im Gegenteil – Menschen, die friedlich protestiert haben, um das zu ermöglichen, was Politik und Verwaltung nicht vermochten, werden in einen Topf mit Gewalttätern geworfen.“

Man müsse es klar benennen, meint Demuth: „Weil die Polizei und die politische Spitze in Dresden und Sachsen friedlichen Protest jahrelang kriminalisiert, geradezu sabotiert und als ‚linksextrem‘ diffamiert hat, konnte kein städtischer Bürgerprotest entstehen. Jetzt wurde bundesweit nach Dresden mobilisiert – das ist auch die Folge einer verfehlten sächsischen Landes- und Dresdner Stadtpolitik. Ein Eingeständnis der offensichtlichen falschen Politik ist aber Fehlanzeige. Im Gegenteil, die Politik droht dieselben Fehler zu machen wie die Jahre zuvor“.

Dies zeige sich auch bei der an sich positiven Ankündigung des Innenministers Ulbig, eine sachliche Auseinandersetzung über die Problematik der Naziaufmärsche anzustoßen: „Es ist doch bezeichnend, dass Herr Ulbig die Zivilgesellschaft bei seiner Aufzählung der Debattenpartner vergisst. Die Bürger sind aber der wichtigste Teil in dieser Diskussion. Die Staatsregierung lernt einfach nicht aus ihren Fehlern.“